Sozialpolitische Fesseln für Präsident Obama

Autor(en): **Niederberger, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **105 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **19.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840296

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sozialpolitische Fesseln für Präsident Obama

Barack Obama hat die Wahlen dank der Ankündigung vieler sozialpolitischer Reformen gewonnen. Die akute Finanzkrise aber dürfte seinen Spielraum stark eingrenzen.

Seinen deutlichen Sieg über John McCain verdankt der neue US-Präsident nicht nur der verbreiteten Missstimmung in der amerikanischen Bevölkerung über die Ära Bush. Barack Obama präsentierte auch ein umfassendes Programm an sozialpolitischen Neuerungen, die das Land vor allem im Bereich der Krankenversicherung voranbringen würden. Eine Analyse der Abstimmungsresultate zeigt, dass die schwarze Bevölkerung und die Latinos Obama gerade wegen der Aussicht auf überfällige Reformen die Stimme gaben, weit mehr als John Kerry 2004 und Al Gore im Jahre 2000. Diese beiden Minderheiten machen fast 30 Prozent der Bevölkerung aus, und sie sind es auch, die am meisten unter der ungenügenden Krankenversicherung und dem maroden Schulsystem in den Innenstädten leiden. Das massive Staatsdefizit indessen, verschärft durch die Finanzkrise und eine tiefe Rezession, machen es fast unmöglich, alle Versprechungen einzulösen.

SCHÖNE VERSPRECHEN

Eines der zentralen Probleme des Wahlkampfs war, dass beide Kandidaten vor konkreten Zusagen zurückschreckten, um zu verhindern, dass sie an Details ihrer Reformpläne aufgehängt würden. Noch nie wurde so viel Geld ausgegeben (über zwei Milliarden Dollar), um so viele Wähler im Dunkeln zu lassen. Dies trifft auch für Barack Obama zu. Er versuchte zwar, mit seinen Vorschlägen zur Krankenversicherung eine entscheidende Differenz zu John McCain herauszuschälen. Wer aber mehr als nur schöne Versprechen sucht, stösst rasch an Grenzen. So ist der heikelste Punkt, wie nämlich die Kosten der Reform finanziert werden sollen, nach wie vor ungeklärt. Obama deutete zwar an, er wolle die Kosten für eine Neuausrichtung der Krankenkassen von 1600 Milliarden Dollar (im Zeitraum von zehn Jahren) mit einer Steuererhöhung auf Einkommen von mehr als 250 000 Dollar abdecken. Ob diese Steuererhöhung durchsetzbar ist, ob sie überhaupt ausreichend ist oder ob sie in der aktuellen Wirtschaftskrise nicht gar kontraproduktiv wäre, dies alles ist offen.

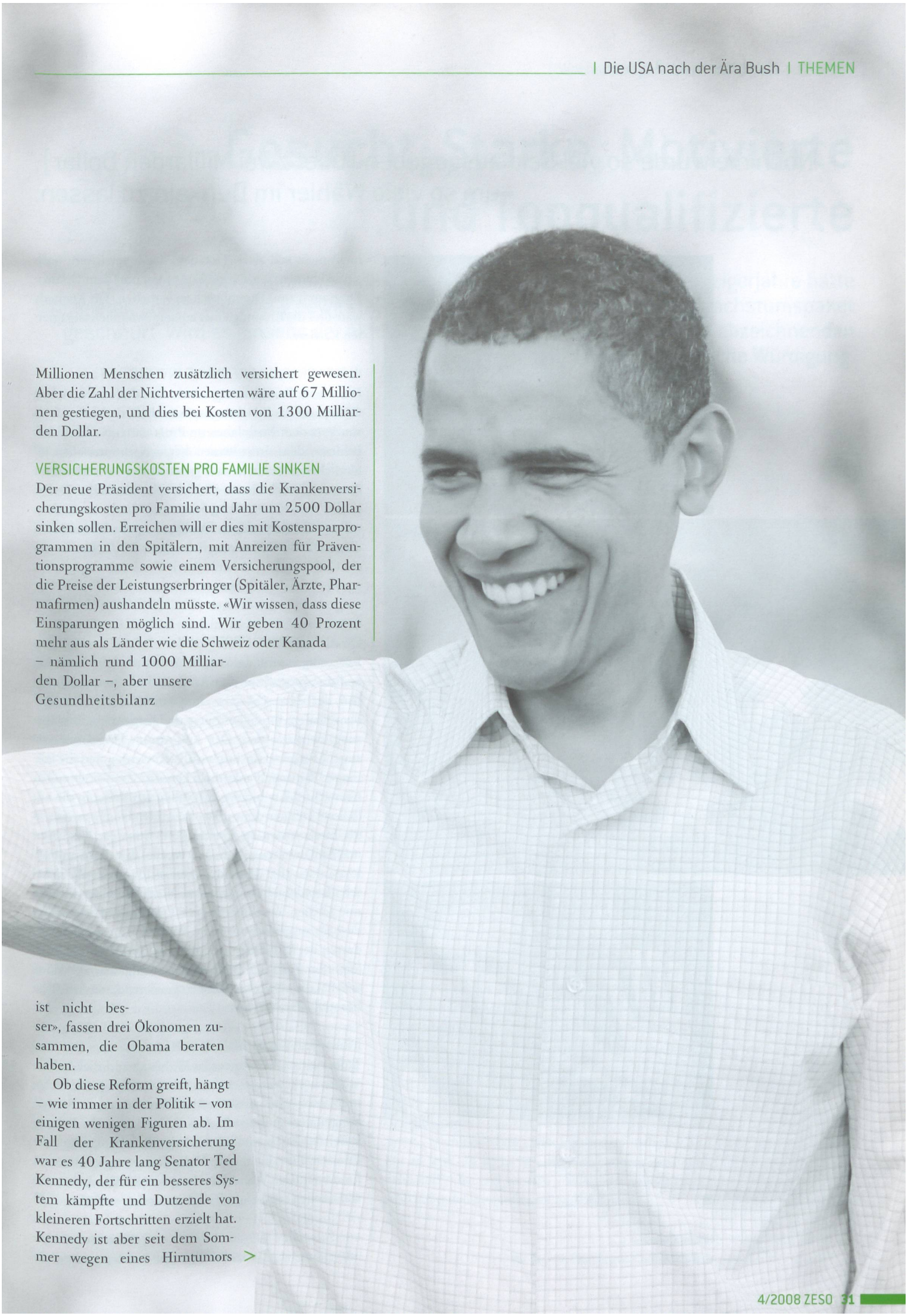
WARTEFRIST VON ZWEI GENERATIONEN

Trotzdem muss festgehalten werden: Nach dem Scheitern des europäischen Modells einer verbindlichen Versicherung unter Präsident Clinton ist Obama nun daran, einen Neuanlauf zu wagen. Von einer obligatorischen Versicherung ist allerdings nicht mehr die Rede (nur Hillary Clinton hätte diesen Sprung gewagt). Was Obama versucht, ist eine Reform in kleineren Schritten. Als erstes sollen alle Kinder obligatorisch versichert werden, was leichtfällt, da sie noch keine hohen Kosten verursachen. Gelingt dies, würden die Amerikaner im Verlauf von etwa zwei Generationen weitgehend versichert sein.

Am vorherrschenden System der beim Arbeitgeber Versicherten wird zurzeit nicht gerüttelt. Amerikanerinnen und Amerikaner bekommen aber neu die Wahl zwischen den ihnen bekannten privaten Anbietern und einem neuen staatlichen Versicherer, der subventioniert wird. Zusätzlich sollen die derzeit 46 Millionen Nicht-Versicherten mit Gutschriften dazu gebracht werden, sich versichern zu lassen. Weiter soll den Versicherern ein Leistungskatalog vorgeschrieben werden; und sie dürften nicht länger Patienten mit hohen Risiken ausschliessen. Wie gesagt: Ein Obligatorium ist dies nicht, aber es ist ein erster Versuch, die politische Macht der Versicherungsbranche aufzubrechen.

OBAMAS PLAN ERREICHT MEHR MENSCHEN

Schätzungen des unabhängigen Tax Policy Center zeigen, dass Obama in zehn Jahren 34 Millionen Bürger zusätzlich versichern kann. Allerdings blieben noch 33 Millionen ohne Deckung, im Wesentlichen als Folge des durch Immigranten bewirkten Bevölkerungswachstums. Die kumulierten Kosten des Obama-Modells liegen bei 1600 Milliarden Dollar. Bemerkenswert ist die Differenz zu McCain, der das bestehende lückenhafte System mit Steueranreizen ergänzen, aber nicht ändern wollte. Mit seinem Plan wären in zehn Jahren nur zwei



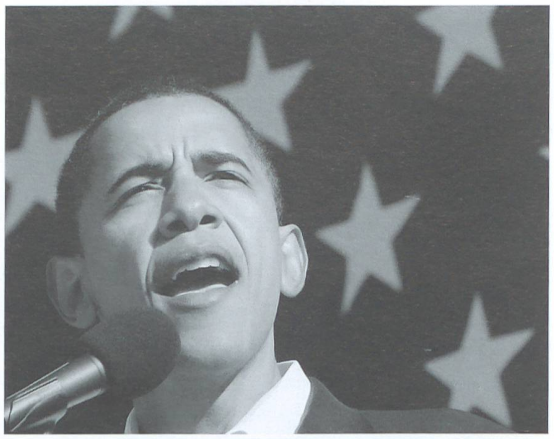
Millionen Menschen zusätzlich versichert gewesen. Aber die Zahl der Nichtversicherten wäre auf 67 Millionen gestiegen, und dies bei Kosten von 1300 Milliarden Dollar.

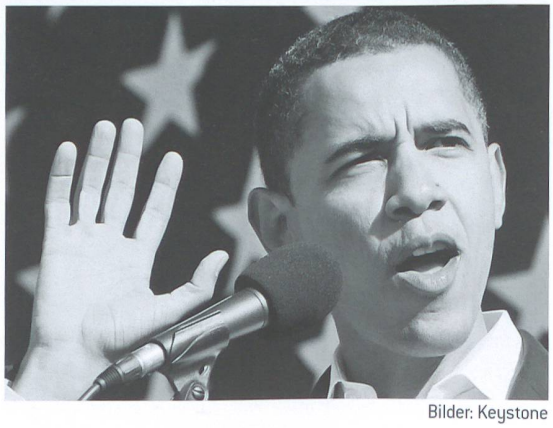
VERSICHERUNGSKOSTEN PRO FAMILIE SINKEN

Der neue Präsident versichert, dass die Krankenversicherungskosten pro Familie und Jahr um 2500 Dollar sinken sollen. Erreichen will er dies mit Kostensparprogrammen in den Spitälern, mit Anreizen für Präventionsprogramme sowie einem Versicherungspool, der die Preise der Leistungserbringer (Spitäler, Ärzte, Pharmafirmen) aushandeln müsste. «Wir wissen, dass diese Einsparungen möglich sind. Wir geben 40 Prozent mehr aus als Länder wie die Schweiz oder Kanada – nämlich rund 1000 Milliarden Dollar –, aber unsere Gesundheitsbilanz ist nicht besser», fassen drei Ökonomen zusammen, die Obama beraten haben.

Ob diese Reform greift, hängt – wie immer in der Politik – von einigen wenigen Figuren ab. Im Fall der Krankenversicherung war es 40 Jahre lang Senator Ted Kennedy, der für ein besseres System kämpfte und Dutzende von kleineren Fortschritten erzielt hat. Kennedy ist aber seit dem Sommer wegen eines Hirntumors >

Noch nie wurde so viel Geld ausgegeben (über zwei Milliarden Dollar), um so viele Wähler im Dunkeln zu lassen.





Bilder: Keystone

> nicht mehr voll aktiv. Trotzdem hat er versichert, noch einmal in den Senat zurückzukehren und dem Obama-Programm zum Durchbruch zu verhelfen. Für Kennedy wäre dies die Krönung einer aussergewöhnlich engagierten Karriere.

IN DIE VORSCHULERZIEHUNG INVESTIEREN

Die zweite Stossrichtung seiner Sozialreformen richtet Obama auf das Erziehungssystem . Er baut dabei auf das von Präsident Bush lancierte Programm «No Child left behind», dem umstrittenen Versuch, die maroden öffentlichen Schulen in den Innenstädten zu verbessern. Zum einen will Obama jährlich zehn Milliarden Dollar in die Vorschulerziehung investieren und zum andern will er jeder bedürftigen Familie einen Ausbildungskredit von 4000 Dollar zustellen, damit sie die Kinder auf ein College schicken kann. Auch hier ist aber ungewiss, wie die Vorhaben finanziert und mit welcher Priorität sie umgesetzt werden können.

EIN ANTI-ARMUTS-PROGRAMM

Fast völlig vom Radar verschwunden ist ein urbanes Investitionsprogramm, eine Art Sozialhilfe für arme Familien, das aber nicht so benannt wurde, um den Stempel der Fürsorge für die schwarze und hispanische Bevölkerung zu vermeiden. Das Anti-Armuts-Programm verspricht Projekte, die rasch realisiert werden und die lahmende Wirtschaft ankurbeln könnten. Zum einen sollen über zehn Jahre hinweg 60 Milliarden Dollar in die arg lädierte Infrastruktur gesteckt werden, vorzugsweise in die Modernisierung von Brücken, Strassen, Flughäfen und Spitälern sowie Schulen. Parallel dazu wird an Darlehen von 200 Millionen Dollar für regionale Wirtschaftsfördergebiete gedacht. North Carolina machte mit solchen Zuschüssen gute Erfahrungen, sie sollen deshalb ausgeweitet werden. Wenig Chancen dürfte indessen der Vorschlag haben, den gesetzlichen Mindestlohn von 7,25 auf 9,50 Dollar anzuheben. Die Wirtschaftskrise scheint schlicht zu gravierend, um Arbeitgeber stärker zu belasten.

ERWARTUNGEN SIND VERFRÜHT

Trotz einem überzeugenden Wahlsieg und dicken Vorschuss-Lorbeeren erscheinen Obamas Sozialprojekte somit noch sehr unbestimmt. Seine jüngsten Bemerkungen deuten vielmehr darauf hin, dass er der Finanzkrise, der Energiepolitik und den Arbeitsplätzen erste Priorität einräumen will. Hohe Erwartungen an einen fundamentalen Wandel der lange vernachlässigten amerikanischen Sozialpolitik sind zumindest verfrüht. ■

Walter Niederberger
US-Korrespondent des «Tages-Anzeigers»